Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-74045](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-74045)

Der Ammerländer

(Zweitpfeiler Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einwöchige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Kreisland Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Kreislands wohnende 35 Pfg. Restamen kosten 1 Mark die Zeile. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Freitag; größere Anzeigen werden am Tage vorher eckbeten. Für die Rückgabe unerlangter Schriftstücke wird keine Verantwortlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Nachdrucke bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 254

Bestersede, Donnerstag den 30. Oktober 1919.

59. Jahrgang

Erstes Blatt.

Ein neuer Kulturkampf?

Das Barometer steht auf Sturm, so scheint es. Im Süden des Reiches beginnt es zu wehen und zu braulen und die Anzeichen mehren sich, daß wir mit einem neuen Kulturkampf zu rechnen haben, ähnlich demjenigen, den selbst Bismarcks Meisterhand nicht zu gewinnen vermochte. Schon als die siegreichen Mächte der Revolution ihre ersten Schläge gegen Schule und Kirche zu führen begannen, rafften die katholischen Volksteile im deutschen Westen wie auch in Polen und Oberösterreich sich zu entschlossenster Abwehr auf mit dem Erfolg, daß die neue Verfassung des Reiches sich schließlich mit lindenhaften Kompromissen begnügen mußte. Was jetzt neue Stürme zu entfachen droht, ist die allgemeine Salbung des neuen Episkopats in Bezug auf die verschiedenen Bekenntnisse, der namentlich der katholische Klerus nicht länger unzufrieden zu sein scheint. Noch handelt es sich zunächst um vereinzelte Vorfälle; für den aufmerksamsten Beobachter der Zeitereignisse aber besteht kein Zweifel, daß sie als Vorläufer schwerer Gewitterausbrüche zu bewerten sind.

Als Außer im Streit ist an diesem Sonntag der Münchener Erzbischof Faulhaber über den Plan getreten. Man erinnert sich noch der Austritte, denen er a spezial war, als in der Zeit der Päpstkritik der päpstliche Primus Baccelli von den damaligen Reichsherrn auf das schärfste behandelt wurde. Erzbischof Faulhaber fand in der Zustimmung der seinen Subdiren auf dem Münchener Katholikentag, als er dafür eintrat, daß der Religion und der Kirche ihr früherer Einfluß im öffentlichen Leben unter allen Umständen wieder gesichert werden müßte. Erzbischof Faulhaber blieb jedoch bei dieser allgemeinen Forderung nicht stehen. Er nahm für jeden Gottesgläubigen das Recht in Anspruch, den Steuerertrag zu verweigern, da die Gottesgläubigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig gefaßt und verheiratet würden, während die Freireligiösen nicht in Gefahr kämen, wegen Weineides bestraft zu werden. „In Weimar“, sagte der Erzbischof, „stehe man den Eid in einer religiösen für die Gläubigen und in einer bürgerlichen für die Ungläubigen. Schwören ist aber nicht zweierlei. Entweder es geschieht unter Anrufung Gottes oder es gibt kein Schwören. Wenn man auf der einen Seite Gott bezeugt, darf man ihn auf der anderen Seite nicht wieder herbeiholen, wenn man sich nicht anders zu helfen vermag. Der heilige Eid darf nicht auf Polizeigewalt erzwungen werden. Der neue Staat will an Gott erinnern, um eventuell die Steuer reitlos zu erfassen, nachdem man seinen Polizeihand hat, um die verfluchte Vermögen herauszuholen. Jeder Gläubige hat das Recht zu sagen: Ich verweigere den Steuerertrag, wenn du, neuer Staat, den Vergott nicht brauchst zu anderen Dingen, dann brauchst du auch nicht beim Steuerertrag zu Gott zu greifen.“

Nach Scheidung und Entscheidung rief der Erzbischof und veränderte unerwartlich den Kampf gegen alle offene und verdeckte religionsfeindliche Kulturpolitik. Wer Autorität haben wolle, müsse zuerst die Autorität der Religion anerkennen. Mit Polizei, mit Paragrafen, mit Sandgranaten eine Staatsautorität schämen, sei widersinnig. Wenn die Arbeitsfreude gemindert werden solle, wer anders als der Glaube könne uns davon überzeugen, daß Arbeit höchsten Wert hat, nur Religion werde die Arbeitsfreude. So sprach der Erzbischof und so wird es bald vielfach im Deutschen Reich wiederhallen. Man sieht, der Münchener Erzbischof hat hier Abzweigen mit Überdrücklichem sehr geschickt verbunden. Wichtig ist, daß die gegenwärtige Koalitionsregierung, in der ja auch das Zentrum ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat, die Kraft der Religion da nicht einbüßen möchte, wo ihr andere Einrichtungen auf das Gewissen der Staatsbürger nicht zur Verfügung stehen. Und wenn sie den Reichspräsidenten, die Reichs- und Staatsminister auf die Verfassung beziehen läßt, so geschieht es wohl mehr um des guten Beispiels willen, daß damit nach unten hin gegeben werden soll. Andererseits läßt sich wohl bezweifeln, daß den herrschenden Sätzen der Konfessionen ein Grauen ankommt bei diesem Spiel mit den Bindungen der Kirche, die allenfalls in der Hand getätigter Staatsverwaltungen auf aufgehoben waren. Und es entbehrt nicht einer gewissen Bitterkeit, daß im Grunde der dem Zentrum angehörende Herr Erbkemper es ist, der Vater unserer neuen Reichssteuer- und Reichs- abgabengesetze, gegen den der Münchener Erzbischof hier seinen Kampfruf erschallen läßt.

Wenn nun noch die katholische Kirche ihre Scharen auf die Schanzen rufft mit der Aufforderung, dem neuen Staate die Gefolgschaft zu verweigern, weil er, wie zwischen Republikanern und Monarchisten, so auch zwischen Freigeistern und Kirchenanhängern tiefgreifende Unterschiede macht, so dürfte selbst der Reichsfinanzminister in Verlegenheit geraten. Sein diplomatisches Genie dürfte noch nicht ausreichen, um den katholischen Klerus, nach einmal das entscheidende Wort gesprochen ist, zum Umfallen zu bringen. Eine zugkräftige Parole ist gefunden, die, wenn es sein sollte, auch in dem bevorstehenden Wahlkampf Dienste leisten wird. Ein neuer Kulturkampf scheint uns in Deutschland nicht erpicht zu bleiben.

Deutsche Nationalversammlung.

(109. Sitzung.)

OR. Berlin, 27. Oktober.

Die Sachstaltungsberatung geht mit raschen Schritten ihrem Ende zu. Das Ganze bleibt weiter schwach belebt, aber es wird unermüdlich gearbeitet. Heute stand nach der Tagesordnung der

Sachstalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Den Beginn der Verhandlungen bildeten längere Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Schmidt. Er führte a. a. aus: Es wäre falsch, die Lage allzu düster zu schildern, es sind Anlässe zur Besserung vorhanden. Was die

Lebensmittelversorgung

anbelangt, so wird der Bevölkerung jetzt ein besseres Brot und der Landwirtschaft ein vermehrter Kleinausschub geboten. Die Einfuhr an amerikanischem Wehl und Getreide ist erheblich. Auch große Mengen von Schweinefleisch und Speck sind eingeführt worden, ebenso getrocknetes Fleisch und Konserven. Damit können wir unsere heimische Viehzüchter von Viehkranken. Die Landwirtschaft erklärt, daß sie nicht mehr liefern könne, und die Ergebnisse der letzten Viehzählung unterstützen diesen Einwand. Seit dem vorigen Jahre haben sich die Milchviehbestände um 5,5 % vermindert, gegenüber der Friedenszeit sogar um 12,4 %. Die Zahl der Milchschafe ist um 15,6 % zurückgegangen. Noch schlimmer steht es mit den Schreinvögeln aus. Das Kleinvieh hat hier eine Zunahme, aber selbst diese ergibt gegenüber dem Friedensbestande ein weniger des Schweinebestandes von 62,3 %. Daraus ergibt sich zugleich die Erklärung der schlechten Fleischbelieferung. Der Forderung einschneidender Zwangsmaßnahmen gegenüber bestehen gerade auf dem Gebiete der Viehhaltung sehr große Bedenken. Wir müssen unsere Viehhaltung schonen und versuchen möglichst durch Einfuhr ausländischer Viehvieh Ersatz zu finden. Alle Maßnahmen zur Begünstigung der Schweinehaltung müssen getroffen werden. Die gegenwärtige Lage der Kartoffelbewirtschaftung ist dieselbe wie im Vorjahre. Teilmisere wird sie sogar für schlechter gehalten. Die größte Sorge ist der

Mangel an Verkehrsmitteln.

Wir haben zurzeit nur eine Wagenstellung von 50 % für den Kartoffelverkehr. Ich kann nichts um, wenn die Wagenstellung nicht besser wird. Durch Einfuhr aus Holland, Dänemark und Polen suchen wir die Lage in den Grenzgebieten zu heben. Die Kartoffeln aus Polen, durch die landwirtschaftlich wertlos, und einige andere Grenzstädte versorgt werden sollen, kosten 16 Mark. Die Versorgung mit Speiseeis ist eine Zeitlang recht günstig aus; hier liegt ein sehr dringendes Bedürfnis der Bevölkerung vor, auf dessen Befriedigung ich großen Wert lege. Die Einfuhr von Dänemark ist eine Frage der Zahlungsfähigkeit. Die Kohlenlieferung für die Wägenverkehre soll wieder erhöht werden, so daß die Erzeugung auf 150 Gramm für den Kopf und die Woche erwartet werden kann.

Die Lebensmittelpreise

find in den letzten Monaten durchwegs wieder in die Höhe gegangen. Bis zu einer gewissen Grenze können wir gegen diese Preissteigerung nichts unternehmen. Auf das Ausland haben wir in der Preisbestimmung überhaupt keinen Einfluß. Wir sind nur bemüht, den wüsten Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt durch zentralen Einkauf von Lebensmitteln zu verringern. Bei der Preisbestimmung im Inlande handelt es sich um ungleiche Summen. Die hierzu zur Verfügung gestellten 1 1/2 Milliarden sind da keine ausreichende Summe. Der Preis a B. kostete damals 14, heute 20 Mark. Die Preissteigerung ist auf 6,80 Mark durchgeführt worden. Lebensmittel sind zu haben, nur unsere Zahlungsfähigkeit ist beschränkt. Der Gesamtbetrag der bisher von uns aufgewandten Lebensmittelpreise beläuft sich auf 765 1/4 Tonnen im Werte von zwei Milliarden 169 Millionen. Unsere Ernährung ist gegen früher erheblich besser geworden. Auch

die Ausfuhr für den Winter wird nicht unglücklich.

Mit Getreide, Fleisch, Gemüsen und Früchten sind wir auf lange Zeit versorgt. Die Versorgung mit Brotweizen ist die geringste. Die Getreideernte ist gut. Das Speiseeis kostete 11, heute 19 Mark, die Senkung ist auf 6 Mark durchgeführt worden. Ausländisches Fleisch kostete 15, die Preissteigerung ist auf 7,60 Mark erfolgt. Dabei sind außerdem an Zuschüssen an Brotgetreide für Frühbrun-Platzieren 322 Millionen angewendet worden. Besser sieht jetzt zur lautenden Senkung der Brotpreise 53 Millionen notwendig. Ein solche Preissteigerung, besonders an inländischen Erzeugnissen hat sowohl Frankreich als auch England vorgenommen. Die Lage auf dem Weltmarkt ist nicht unglücklich. Wenn wir unsere Aus- und Einfuhr im ersten Halbjahr 1919 mit der im 2. Halbjahr vergleichen, so ergibt sich, daß wir gegenüber erst ein Fünftel der Einfuhr erreicht haben, dafür aber einen Betrag zahlen müssen, der bedeutend größer ist, als früher. Die Ausfuhr erreicht etwa ein Sechstel der Friedensmenge. Hier haben wir bei der Vermehrung von uns in der Ernährung an den Friedenspreis erreicht. Die Staaten zur unangemessene Preissteigerung und für Scherereien sollen erhöht werden, was wir die Bälle nicht in Gold erheben können, in ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist. Unsere Kaufkraft liegt dabei aber

die Kohlenkrise.

Für die Entwicklung in dieser Antriebe sind die Ausfuhr durchaus nicht trübe. Es muß aber jeder Versuch, die zugewandte Betriebe in die nunmehr unbedingt vermindert werden. Gegen jeden Scheitern, der aus politischen Gründen eintritt, wird, wenn die Regierung es hindert, unsere Kohlenförderung nicht abgelehnt. Wir werden genötigt sein, in den kommenden Jahren eine neue Kohlengebiete aufzusuchen. Wird uns die Kohle nicht in dem Ausmaße liefern, wie es für die Entwicklung und der Industrie notwendig ist, so wird unsere Leistung im Ausland gegenüber in Frage gestellt. Auch neue und gewalttätige Eingriffe in unser Wirtschaftsleben, wird Frankreich uns nicht selbst schaden, wie a. B. jetzt durch die Exzesse der deutschen Diktatur. Die Ausfuhr von Kohlenminerals wurden zum großen Teil mit Zustimmung und mit Beifall aufgenommen.

Gleichzeitig forderte aber auch der Abg. Braune, daß dort die Zwangswirtschaft zu befestigen sei, wo sie verlagert oder schädlich gewirkt habe. Weiter betonte der Redner, daß es in erster Reihe darauf ankomme, die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, und daß dazu eine höhere Beschäftigung der Erzeugnisse der Landwirtschaft notwendig sei. Weshalb sprach der Abg. Hermann-Neulingen (Zem). Er bestritt die Niederbelegung des freien Handels. Ferner sprach noch der Abg. Dr. Kroschke (Deutschl. Volk.), der sich mit der Einfuhr von Rohstoffen beschäftigte und sich gegen die Zwangswirtschaft wandte. Die weitere Sitzung wurde mit Beratung der Tagespositionen ausgedehnt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Rechte des Staatsgerichtshofes. Wie verlaute, sind in der Gesetzesvorlage zur Einführung eines Staatsgerichtshofes die Kompetenzen dieser Körperschaft nunmehr festgelegt. Danach soll der Staatsgerichtshof als oberste Rechtsinstanz in allen staatlichen Angelegenheiten des Reiches gelten. Die Urteilsprüche des Staatsgerichtshofes werden den Charakter von endgültigen Schiedsprüchen haben, die von keiner Seite mehr anfechtbar sind.

Protest gegen lettische Übergriffe. Gegen die Festsetzung des deutschen Leutnants Stein, der in der Nacht vom 15. zum 16. d. Mts. von den lettischen Behörden festgenommen worden ist und so lange im Kriegsgefangenen interniert bleiben soll, bis die von der Estnischen Division gemachten lettischen Gebiete gegen freigegeben worden sind, ist unter Hinweis darauf, daß die Estnische Division der deutschen Regierung nicht mehr untersteht, nachdrücklich protestiert und die sofortige bedingungslose Freigabe des deutschen Offiziers verlangt werden.

Die „neutralistische Verschwörung“ im Elsaß. Die französische Regierung hat den Generalen u. Versaer um Aufklärungen über die „neutralistische Verschwörung“ im Elsaß ersucht. Es soll fest festgestellt sein, daß der verhaftete Ingenieur Köpfer für den in Ausmarschen zum in Berlin angelegten Grunelius in regelmäßiger telegraphischer Verbindung gestanden habe. Auch soll schon vor einigen Tagen Marschall Koch an die deutsche Regierung eine Note gerichtet haben.

Angenehme Zeitgenossen! Wie die Kopenhagener „Nationalitiden“ meldet, ist es der „Rechner der Arbeitslosen in Flensburg Stadt- und Landkreis“ gewesen, der sich an die Entente mit einer Weidworte gegen den Einzug der „Kasse-Gardien“ gemeldet hat. Er ersucht um Entsendung von Ententeoffizieren, weil die deutschen Truppen angeblich die Arbeitslosen „unterdrücken“. Um der Entente die Stillhaltung der „Arbeitslosen“ schmackhaft zu machen, wird hinzugefügt, durch die Kasse-Truppen werde auch ein „moralischer Wabdruck“ ausgeübt.

Die deutsche Sprache in Elsaß-Lothringen. Der neue Bischof von Metz, erklärt sich gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache in Elsaß-Lothringen und sagt u. a.: „Ich habe einen Teil in meiner Diözese, dem die französische Sprache nahezu unbekannt ist. Hier muß man mit sehr viel Klugheit und Vorlicht zu Werke gehen. Die beste Art für Frankreich, sich bekannt und beliebt zu machen, wird die sein, die Unterdrückung zu achten. Hierzu wollen wir von ganzem Herzen mit allen unseren Kräften beitragen.“

Spaltung der Kommunisten. Die Hamburger Kommunistische Arbeiterzeitung veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgenden Aufruf: Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat sich gespalten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale dieser Partei die Delegierten mit Leisig überfallen, die vorher den Organisationen zur Verschaffung nicht vorgelegen haben. Am Schluß dieser Leisig beand sich der Vermerk, daß alle Genossen, die nicht auf dem Boden dieser Leisig ständen, aus der Partei ausscheiden hätten. 18 von den 43 Delegierten haben gegen diese Leisig gestimmt, wurden deshalb als außerhalb der Partei stehend erklärt und aufgefordert, den Parteitag sofort zu verlassen. Der Aufruf ist unterzeichnet u. a. von Dr. Kaufmann und Hoffmann-Hamburg. Auch in der unabhängigen Sozialdemokratie tritt es stark anwächst dem Haule-Fügel und des Lämmer-Müller-Richtung.

Erzbischof Faulhaber gegen den Steuerertrag. Auf dem Münchener Katholikentag, an dem auch der päpstliche Primus Baccelli teilnahm, hielt Erzbischof Faulhaber einen Vortrag über die Religion und die Kirche im öffentlichen Leben. Der Redner wandte sich unter der wiederholten Zustimmung der Versammlung gegen das derzeitige Bestreben, den Einfluß von Religion und Kirche aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, und betonte, daß mit der Ausschaltung der Religion jede Staatsautorität verlorengehen müsse. Der Erzbischof erklärte unter anderem auch, daß jeder Gottesgläubige das Recht habe, den Steuerertrag zu verweigern, da die Gottesgläubigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig gefaßt und verheiratet würden, während die Freireligiösen nicht in Gefahr kämen, wegen Weineides bestraft zu werden.

Berlin. Die in Königsberg konstituierte deutsche Grenzlandtschaft hat der lettischen und estnischen Republik ist abgehoben worden.

Eine geheime Rolle Garde!

Der „Revolutionäre Matrosenbund“.

Der Kommandeur des Schutregiments Groß-Berlin, Major v. Seeringen, machte in einem Vortrag über den Friedensvertrag und seine Wirkung auf die inneren Unruhen interessante Mitteilungen über eine im Verden betriebene neue Umföhrungsbeziehung. Er sagte, es seien zahlreiche umföhrerische Kräfte am Werke, um durch einen einheitlichen Schlag das zu erreichen, was bei den oerzettelten Kämpfen nicht erreicht worden wäre. Eingehen e Ausführungen wollte der Redner nicht machen, da die Hände Ohren hätten. Die umföhrerischen Kräfte sollten frasser organisiert werden, und es könne die tiefstehende Aufgabe festgelegt werden, daß man auf der Gegenseite früher Kameraden treffen würde. Der Wert dieser roten Garde, die insgeheim schon bestände, dürfe nicht unterschätzt werden, die Organisation frange lediglich daran, daß sie verborgen bleiben müsse. Für Berlin könne man mit einer hohen fünfstelligen Zahl rechnen, die sich im Falle eines Aufstandes erheblich verstärken würde. Die beiden Organisationen würden den Namen tragen „Revolutionärer Matrosenbund“ und „Kampfabteilung der Klassenbewußten Arbeiter“. Die Zentrale beider Organisationen befände sich in Berlin. Überall in Deutschland befänden sich in den größeren Städten Zweigniederlassungen. Von der Kampfabteilung der Klassenbewußten Arbeiter gäbe es in Berlin 22 Abteilungen. Die Organisation sei sehr gut ausgerüstet und würde sogar über Panzerautos verfügen. Es handle sich hier um einwandfrei ausgebildete Soldaten. Die Zeitfreiwilligenorganisation von Groß-Berlin bestände aus erlesenen Truppen und sei derart auszubereitet, daß eine Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgt sei.

Weitere Hinanschiebung des Friedens. Der Plan erart soll beschlossen haben, den Friedensvertrag mit Deutschland nicht vor dem 11. November, vielleicht sogar nicht vor dem 20. November in Kraft treten zu lassen. Fünfzehn Kommissionen müßten am dem Tage, an dem der Friedensvertrag in Kraft trete, bereit sein, ihre Funktionen aufzunehmen. Außerdem hoffe man auch daß bis dahin der amerikanische Senat den Vertrag von Versailles ratifiziert haben werde.

Bestnahme russischer Werber. Berlin. Auf Veranlassung des Oberkommandos in den Marken wurden hier vier Werber der mecklenburgischen Regierung festgenommen, die Leute für das Baltikum anwerben wollten.

Saate in Lebensgefahr. Berlin. Der den Abwehrdienst Saate behandelnde Art. Geheimrat Müller, erklärt, daß trotz der Amputation die Lebensgefahr für Saate noch keineswegs beseitigt sei. Das werde sich erst in einigen Tagen entscheiden.

Die verhängnisvolle Ostseeblase. Berlin. Die Lage im hiesigen Ostsee in Folge der Schiffsmangel ist unübersehbar. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, ebenso helien die Verluste der Reedereien, die die Mannschaften der hiesigen Schiffe entlassen und verlegen müssen. Die Ansichten über die Wirkungen der Wäbrung der Wäbrung durch Freigabe des Verkehrs innerhalb der Ostseegewässer sind geteilt, da die Schiffe sich auch bei diesem Verkehr leicht einer Verschlagung aussetzen könnten. Ammerßin soll der Verkehr nach Danzig, Königsberg und Memel wieder aufgenommen werden, was eine große Erleichterung der Kohlenversorgung mit sich bringen wird. Dagegen wird der Verkehr nach den neutralen Ländern durch die Erleichterungen nicht befrucht. Die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht sind unbedeutend.

Eine deutsche Partei in Polen. Berlin. Die vier deutschen bürgerlichen Parteien in Polen lassen ihre alten Parteileistungen auf und gründeten unter dem Namen „Deutsche Partei“ eine neue Partei, um bei künftigen Wahlen geschlossen aufzutreten.

Wahlungen für Deutsch-Osterreich. Wien. Staatskanzler Renner verflucht der englische Druck-Gummiband bei den künftigen Wahlen der ihm vorliegenden Friedensvertrag, in dem Deutsch-Osterreich Deutsch-Osterreich ausgedröckt werde, annehmen werde und müsse. In ein bis zwei Monaten werde Deutsch-Osterreich tatsächlich im Besitze von Deutsch-Osterreich sein.

Neues Ultimatum in Sicht! Paris. Wie verlautet, hat der Oberste Rat beschlossen, ein Ultimatum an Deutschland zu richten, in dem die Abmung des Baltikums innerhalb von 21 Tagen gefordert wird.

Wie Deutschland überfallen werden sollte. London. Der frühere Ostkommandierende der englischen Kriegsmarine Lord Fisher, hat seine Erinnerungen veröffentlicht. Er erzählt darin ohne Scheu, daß er in den Jahren 1905 bis 1908 verordnete, die Flotten der Briten zu einer Verdrängung der deutschen Flotte durch einen Überfall über den Kanal ohne vorhergehende Kriegserklärung zu erlangen. Diese Mitteilung Fishers hat überall beachtliches Aufsehen erregt, vor allem auch bei den Neutralen.

Wilson und der Verarbeitungsvertrag. Washington. Wilson hat eine vom Kabinett aufgekommene Erklärung veröffentlicht, in der der beachtliche Anteil der Braunkohlearbeiter für ungeschlichtet erklärt wird und die Beamten aufgefördert werden, die Streit anzuwenden zurückzugeben, widrigenfalls Mittel gefunden werden müssen, um die Nation zu schützen. Das Kabinett bezieht die Einberufung einer neuen industriellen Konferenz, die die Beziehungen zur Herstellung des Friedens in der Industrie beschleunigen soll.

Beschiedene Medaunen. Berlin. Auf Veranlassung des Reichsfinanzministers .. halten am 1. November ab Schöffen und Geschworene an Tagelöhnern und Kleinfischen des Doppels der ihnen bisher eingehenden Vergütung.

Wien. Das christlich-sozialistische Salzburger Volksblatt vom 28. Oktober tritt für einen sofortigen Anlauf Salzburgs und Troles an Bayern ein als einzigen Ausweg aus der drohenden Katastrophe.

Milan. Von der Offiziers Division haben sich 700 Mann entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren.

Hopenhausen. Ähnlich wird mitgeteilt, daß der dänische Kampfmann Daniel Bruun von der internationalen Kommission zum Volksbeauftragten im Schleswighischen Abteilungsgebiet ernannt worden ist.

Washington. General Maceller-Tennessee hat einen Antrag eingebracht auf Errichtung einer Strafkolonie für Unruhmacher auf den Philippinen. In Andamania ist eine geheime revolutionäre Propaganda entdeckt worden.

Generalfeldmarschall Graf Haefeler

Auf seinem Gute Harnecoy bei Brienen ist im Alter von 83 Jahren Generalfeldmarschall Graf Gottlieb v. Haefeler infolge eines Herzleidens plötzlich gestorben. Der Marschall war bis zuletzt wohl und munter und hatte noch am Tage vor seinem Tode seinen gemobnten Spazierritt gemacht. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 30. Oktober in Harnecoy statt. Der Verlebore war am 19. Januar 1836 in Potsdam geboren. Seine militärische Laufbahn begann er 1853 beim Infanterieregiment 3. Seine hervorragende militärische Veranlagung wurde sehr bald von dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen erkannt, bei dessen Stab er die drei Feldzüge 1864, 1866 und 1870/71 mitmachte. Besonders bekannt wurde Haefeler durch die 13 Jahre —

von 1890 bis 1903 — während derer er an der Spitze des damals neuerschaffenen 16. Armeekorps in Mes stand. Mit Haefeler ist einer der vorstimmlichsten Offiziere heimgewandenen und zahllos sind die Anecdotes, die sich an seinen Namen knüpfen. Obwohl Offiziere wie Mannschaften stets Grund waren, über den nie ruhenden Dienstbetrieb, über die endigen Formen- und Nachbildungen in echt soldatischer Weise zu kämpfen, so fand sich keiner, der nicht zu räumen wußte, wie Graf Haefeler nichts von ihnen verlangte, was er nicht selbst leistete. „Der Gottlieb hat den stärksten Eifer“, so hieß es allgemein im 16. Korps. Nach seiner Verabschiedung im Jahre 1903 lebte er auf seinem Gute Harnecoy. Im Kriege hatte er kein Kommando, begleitete aber die fünfte Armee, die vom deutschen Kronprinzen geführt wurde, und wohnte in einem kleinen Dörfchen im Argonnewald, um den feindlichen Truppen nahe zu sein.

Gegenoffensive der Volkswissen.

Frankreich unterdrückt Judenitisch. Die Volkswissen greifen an der Peterburger Front mit starken Kräften an. In militärischen Kreisen wird angenommen, daß Deutschland Offensiv vorrücken beenden sei. Man will aus sicherer Entdeckungsquelle erfahren haben, daß Frankreich baldige energische Unternehmung für Judenitisch verprochen habe. Weiter wird gemeldet, daß die Volkswissen bei den Kämpfen um Peterburg Tanks in das Gefecht bringen wollen, die sie selbst erbaut haben.

Es scheint demnach nicht ausgeschlossen, daß die Volkswissen demnächst wieder einen Teil des Baltikums in ihren Besitz bringen. Eine Meldung besagt endlich noch, daß Trotski Generalstab in Barsoje Solo gelangengewonnen worden sei, während es Trotski selbst gelang, in Automobil zu entfliehen.

Für neun Millionen Schiebertwaren beschlagnahmt wurden in den letzten Tagen von der neuerrichteten Kontrolle an der Abzugsgrenze. Um denjenigen Kreisen, die an der Aufrechterhaltung der Gemeinwirtschaft das größte Interesse haben, Gelegenheit zur tätigen Mitwirkung zu verschaffen, sind eine größere Anzahl Angehöriger des Arbeiterlandes herangezogen und nach vorangegangener Ausbildung zu Hilfspolizeibeamten bestellt worden. Deren Verbindung mit ihren Vertrauensleuten auf Güterbahnhöfen, Saftanlagen usw. ermöglicht die sofortige Kenntnis von Schiebung aller Art. Der Erfolg ließ nicht aus. In wenigen Tagen wurden an Peter. Freien, Edokofade, Tabak usw. Werte von neun Millionen Mark beschlagnahmt. Die Einrichtungen werden weiter ausgebildet, um das Loch im Westen möglichst bald völlig zu stopfen.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerfede, den 29. Oktober 1918.

—] Wetterausichten für Donnerstag den 30. Oktober: Wenig Wärmeveränderung, wolfig, zeitweise heiter, Niederberichläge nicht ausgeschlossen, Nachtrögefahr.

Die verkehrsföhrliche Wirkung der geplanten Anzeigensteuer. Steuern erinnen ist nebens eine Staatsnotwendigkeit. Eine größere Notwendigkeit jedoch ist, schreibt Hr. v. Kallmann, Steuern abzuwenden, die in Verletzung ihrer Wirkung nur dem Staat zum Schaden gereichen, weil sie weit über ihre eigentlichen Ziele hinausgehend, verderbbringend sich auf Gebieten benehbar machen müssen, deren kräftigste Förderung ein Gebot der Stunde ist. Es ist eine leichtfertige Behauptung des Steuerungsvertröters gemein, wenn er behauptet, daß, nachdem die Anzeigensteuer trotz ihrer bisherigen Erhöhung keinen Rückgang des Anzeigenumfanges herbeigeföhrt hätten, auch eine weitere zehnprozentige Steuerbelastung darin nichts ändern werde. Nach den wenigen großen Blättern, wie Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt und einigen anderen, die sich in besonderer Lage befinden, darf nicht die ganze Presse beurteilt werden. Tatsache ist, daß die letzten Erhöhungen vielfach der Heimatpresse eine Verringerung des Anzeigenumfanges gebracht haben. Die Wirkung der Anzeigen muß in richtigen Verhältnis zu ihren Kosten stehen. Darin ist das Empfinden des Publikums ebenso feinföhlig, wie das Gewerbetreibenden Soll und Haben gegeneinander abwägt. Und es ist ein unverantwortliches Spiel, mit Behauptungen Frauen von solcher Tragweite abtun zu wollen, wie sie die Frage der Anzeigensteuererhöhung best. Eben deshalb darf der Beschluß der Kommission zur Beratung der Umwälsteuer, die Anzeigen mit einer durch nichts begründeten Sondersteuer zu belegen, nicht in dem Geleze Annahme finden, sondern muß in der Vollerkenntnis des Reichstages die verdiente Zurückweisung einstimmiger Volkswöretreter finden.

Der Beschluß von Marktbeziehern zum diesjährigen Herbstmarkt wird, nach den Anmeldungen zu urteilen, ein sehr großer sein. Besonders zahlreich haben sich Karussellgesellschaften angemeldet. Aber auch Schau-, Schieß-, Spiel- und Kuchenbuden werden in sehr großer Zahl

aufbauen. Auf dem Platz neben Koch's Brennerei wird der große Zweimaster-Zirkus Bestl errichtet.

Am 7. November werden wir liebe Gäste haben. Etwa 50 Verwundete aus den Oldenburger Lazaretten sind hierher eingeladen worden. Der hiesige Frauenverein hat es übernommen, für Unterhaltung und Abwechslung, sowie für Speise und Trank zu sorgen. Es muß allen eine liebe Dankeschuld gegenüber den Verwundeten, die so vieles für uns opfereten, sein, nach besten Kräften mit zur Verhinderung des Tages beizutragen. (S. Anzeige d. Frauenvereins.)

Tierjuchen im Amte Westerfede. Die in der gestrigen Nummer unseres Blattes gebrachte Ueberficht über die Tierjuchen im Amte Westerfede bezog sich auf den Monat September. Gegenwärtig herrscht die Maul- und Klauenjuche nur noch auf 10 Weiden, ferner sind 10 Fälle von Rotlauf und Kadjeinblättern festgelegt worden. — Es ist also erfreulichweise in diesem Monat ein erheblicher Rückgang in der Verbreitung der verschiedenen Viehjuchen gegenüber den verfloffenen Monaten zu verzeichnen.

Der Interverein für das Ammerland hat auf nächsten Sonntag seine Herbstversammlung einberufen. Es ist zu erwarten, daß die Inter hierzu zahlreich ausfchwämen werden. Hauptfächlich gilt es in dieser Zusammenkunft, die Zahlung der Jahresbeiträge zu reinen, die Zahl der versicherungspflichtigen „Standortse anzumelden und die Prämienzahlung zu bewirken. Da der Bezugspreis des „Wienwirtschaftlichen Zentralblattes“ auf 2,50 Mk. fürs Jahr festgelegt ist, muß eine entsprechende Erhöhung des Vereinsjahresbeitrages für 1920 erfolgen. Vielesicht bringt auch die Sitzung des Inter-Versicherungsvereins Hannover neuerungen, da nach der Oktober-Nummer des Zentralblattes zwei Versicherungenarten in Vorschlag gebracht sind. Ein Beschluß hierüber ist leider bisher nicht befallen geworden.

14. Preuß.-Südd. (240 Preußische) Klassenlotterie. Die Ziehung 5. Klasse beginnt am 6. November. Spieler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Erneuerung unter Vorzeigung des Vorjahreslooses bis zum 31. ds. Mts., abends 6 Uhr, erfolgen muß, sonst kann der Einnehmer über das Los anderweitig verfügen.

Bad Zwischenahn. Wenn unsere Hopfenbauern nun doch beim Hopfenbau geblieben wären! Der gewöhnliche Altmarker Hopfen, geringe, rohe Sorte löst gegenwärtig 1000 Mark pro 100 Pfund! Unser Hopfen war viel feiner und aromatischer, er wäre sicher auf 12—1500 Mark pro Zentner gekommen. — Nun, das läßt sich noch alles wieder machen, aber es gehört Zeit dazu, bis wieder neue Ernten zu schaffen sind und dann wird der Hopfen vielleicht wieder billig sein.

Apn. Unser diesjähriger Herbstmarkt war von Petrus leider mit einem ungünstigen frühen Regenwetter bedacht worden. Trotzdem aber hatten sich, wie in früheren Jahren, von nah und fern viele Peterlufte eingestellt, sodas die Buden- und hauptsächlich die Karussellbesitzer wohl auf ihre Kosten gekommen sind. Mit den Wälden in den Tälern der Gattwitzer Dirts und Behrens fanden die beiden Marktstage ihren würdigen Abschluß. — Auf dem am Montag abgehaltenen Viehmarkt, der gut besetzt war, wurde bei durchweg hohen Preisen ein guter Umsatz erzielt.

Oldenburg, 28. Oktober. Magistrat und Stadtrat hielten heute eine gemeinschaftliche Sitzung auf dem Rathaus ab. Auf der Oberrealschule sollen den Abiturienten, sowie den Schülern der Unter- und Oberrealschule Vorträge über Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus und Infektionskrankheiten gehalten werden. Auch für die Fortbildungsschulen ist eine ähnliche Einrichtung geplant. Die Kosten hierfür mit rund 600 Mark wurden bewilligt. Den städtischen Arbeitern der Rieht- und Wasserwerke, der Straßen- und Kanalreinigung, den Forst- und Wegarbeitern, den Hafen- und Schlachthofarbeitern wurde die gleiche Beschaffungsbeihilfe bewilligt, wie den staatlichen Arbeitern. Hierfür betragen die Kosten 210000 Mark, die bewilligt wurden. Beschlossen wurde, die Schulvorstände aus Elternkreisen zu ergänzen und zwar zwei Personen (Väter oder Mütter) für jede Schule. Die Wahlen hierfür wurden vorgenommen. Eine längere Aussprache entpinn sich um die Frage, ob das Theater auch fernerhin noch von der Stadt unterhalten werden soll oder nicht. Das bisherige Ergebnis läßt befürchten, daß die Stadt für den Betrieb des Theaters in Zukunft noch erhebliche Mittel aufwenden muß. Trotzdem aber erklärte der Stadtrat sich damit einverstanden, daß die Stadt den Betrieb vorläufig noch ein Jahr weiter führt. Nachbewilligt wurden 174000 Mark. Es wird erwartet, daß der Staat einen erheblichen Zuschuß leistet und daß sich die Einnahmen erhöhen werden aus den Spielabenden. Ratsherr Wöwels wurde als Wahlmann für die Wahl eines Mitgliedes der Preisermittlungskommission gewählt. Von der Brandkassenverwaltung ist auf die Anzulänglichlichkeit des Feuerlösches der Stadt hingewiesen worden. Der Feuerlösch beruht fast ausschließlich auf die Leistungsföhigkeit der Wasserwerke. Um hier Abhilfe zu schaffen, soll eine benzin-automobile Motorpritze für 90000 Mk. gekauft werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Eilers in Westerfede. Druck und Verlag von Eberhard Nies in Westerfede.

Gottesdienstliche Nachrichten.

Kirche zu Zwischenahn. Am Reformationsfest, Freitag den 31. Oktober, Gottesdienst 10 Uhr. Kollekte für den Gultav-Adolf-Verein.

Der Ammerländer

Nr. 254.

Zweites Blatt.

Donnerstag den 30. Oktober 1919.

59. Jahrgang.

Für die Monate

November und Dezember

foftet „der Ammerländer“ durch die Post frei ins Haus bezogen 3 Mark (zum Abholen von der Post 2,40 Mark). Bestellungen werden von allen Kaiserl. Postanstalten und Landbriefträgern entgegen genommen.

Verlag des „Ammerländer“.

Uf oten Lieden.

Localhistorisch wertvolle Einblicke in das kulturelle und wirtschaftliche Leben unserer Heimat zu Beginn des 18. Jahrhunderts, also zu jener Zeit, da die damaligen Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst dänisch waren, gewährt das „supplementum Corporis Constitutionum Oldenburgicarum Selectarum oder Verordnungen in denen beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, auf königliche-Special-allerhöchsten Befehl dem Publico zum Besten ausgelesen und zum Druck befördert von Johann Christoph von Deffen mit Königlich-Dänischem Privilegio.“

Wir entnehmen der alten, in Oldenburg erschienenen Schrift nachfolgende (größenteils stark gekürzte) „Verordnungen“, die besonders ammerische Verhältnisse betrafen und, wie wir hoffen, bei vielen unserer Leser Interesse finden werden.

Nr. V.

Willen man in Erfahrung gebracht, daß verschiedene unthätige Bursche denen ergangenen Verboten zuwider sich unterziehen, im Lande mit Schieß-Gewehr herum zu gehen und in specie auch die Tauben wegzuschießen: Als wird allen und jeden hierdurch bey fünf Goldgülden Herrschafftliche Brüche, davon der Angeber die Helfte zu genießen haben sol, ernstlich verboten, sich dergleichen zu enthalten; diejenigen Eigenhümer und Feuerleute aber, so auf ihren bejaaneten Ländereyen die obiger Saad schädliche Tauben nicht dulden wollen, sollen obiger Verordnung gemäß mit solcher Befusamkeit dabei zu Werke gehen, daß sie nur bey der Saad- und Erndt-Zeit, wenn sie ihn würcklich schädlich finden, sich dieses Mittels, die Tauben wegzuschützen, bedienen. Ufthundlich unter dem zur hiesigen Königl. Regier. Cancellaria, den 17. Octobr. 1726.

Nr. VI.

Wenn das so genannte Neu-Jahr-Schießen und Nachern verschiedenes ungerichtet mit sich führt; als wird dasselbe in der Stadt und auf dem Lande alles Erntes und bey Vermeidung willkürlicher Straffe, hiedurch verboten, auch allen bestimmenden Bedienten, auf die Uebertreter genau Acht zu haben, injungirt Oldenburg, in Consilio, den 24. Jan. 1724.

Nr. VII.

Nachdem die Erfahrung giebt, daß allerhand Leute, bey Tage und Nacht, mit brennenden Toback-Pfeiffen, auf der Gassen, in und bey den Häusern, Scheunen, Strohs- und Neu-Häusen herum vagiren, es mag wehen, stürmen, oder still Wetter seyn, ja gar wol auf der Dreiß-Diehe stehen und dreschen; So ist, zur Abwendung der daraus zu bejorgenten Gefahr, und Abschaffung des unzeitig- und unvorsichtigen Toback-Schmuckens, für unumgänglich befunden, hiedurch alles Erntes zu verordnen; daß bey 2 Reichs-Thaler Straffe, so zur Halbscheid uns, und die andere Helfte dem Angeber zufallen soll, sich niemand gelüffen lasse, mit brennender Pfeiffen, ohne daßer auf dem Kopf derelben eine Kapel von Blech oder andern Metall, habe, aus der Stube zu gehen; Oder vom Feuerherd anzufehen. Woonach sich alle und jede gebührend zu achten haben. Geben auf Unserer Residenz zu Coppenhagen, den 11. Martii 1724.

Nr. XXIV.

Nachdem Ihre Königl. Majestät unterm 10. Febr. dieses Jahres allergnädigt verordnet haben, daß die Accise von fremden Bier, Wein und Brantwein, sodann auch von Korn-Brantwein, in denen Lemtern Nahstedt, Ape und Neuenburg, wie auch in der Wogitz Tähde eingeführt werden solle. Als wird solches denen Königl. Bedienten und Geistlichen, wie auch allen und jeden Eingewesenen hiedurch zu dem Ende bekräftigt, und von dato an, sowohl das selbst verconsumierende als an andere zu versendende oder zu verzepende Getränke geböhrig anzugeichnen, und davon alle vierel Jahr bey dem Beamten ihres Districts eine richtige Designation, bey Straffe der Confiscation und gehen Gfl. Herrschafft. Brüche (wovon der Angeber die Helfte zu genießen haben sol) einzugeben. Ufthundlich unter . . . . .

Nr. XXXII

Wir Friderich der Vierte, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, Norwegen, der Wenden und Gothen etc. Graf zu Oldenburg und Delmenhorst etc. etc. Thun kund hiemit, daß Wir . . . . . allergnädigt gut gefunden haben, Unserer Verordnung und Concession . . . . . dahin zu extendieren: Daß auf der Geest-Seite, von Olden-

burg bis Westertede (diesen Ort und Kirchspiel inclusive) alle Handlung, wie solche auch Namen haben mag, abgeschafft und verboten, jedoch, daß, denen Eingewesenen zum besten, die Krüger allein, eine Tonne Theer, Trahn, Salz, Heering, Käse, Butter und andere Waaren, mit aus der Stadt nehmen, und zu Hause ausshödern mögen, auch der Stadt Einwohnern, vor wie nach, dafelbst Büden und Binkel zu halten und sonst Handlung zu treiben vergönnt seyn solle.

Nr. XXXIII.

Ist ein Mandat an Commerce-Rath und Amtmann Wissen ergangen, die sämtlichen Handels-Leute und Höder zu Westertede und im ganzen so benannten Kirchspiel ungemüht vorzuführen und ihneu eine Terminum von drey Monaten anzulegen, darin sie ihre gehabte Waren bey Straffe der Confiscation aller, bey ihnen sich findender Waaren absetzen und hinfünftig sich alles kaufens und verkaufens, verordneter massen gänglich enthalten sollen.

Verordnung des zu behandelnden Weggeldes von der Möheburg nach Groß-Sanders. . . . . demnach seiner Königl. Majestät Unser allergnädigster Herr approbiret haben, daß zum Besten der fahrenden Post auch anderer reisenden und commercierenden Personen, aus hiesiger Grafschaft Oldenburg von der Möheburg nach Groß-Sanders in Ostfriesland ein neuer Weg angelegt worden: Auch solchen zufolge mit des wendland Fürsten zu Ostfriesland Durchl. man sich dieses Weges und des solcherhalb zu behandelnden Weg-Geldes halber dahin vereinbaret hat: daß dieses Weg-Geld überhaupt nachgelester massen gehoben; und $\frac{2}{3}$ davon in dem hiesigen Oldenburgischen, und $\frac{1}{3}$ davon in Ostfrieschen Territorio gehoben und genossen werden solle.

Wie in Amerika gegen uns gehet wurde, und wie jeht die Wahrheit allmählich in den Tag kommt.

Auszug aus dem Briefe eines Ammerländers aus Wichita in Kansas vom 28. September, gerichtet an Deconomiarat Deffen in Oldenburg.

Die ameritanischen Zeitungen hatten es schließlich soweit gebracht, daß hier alles, was deutsch war, gehäht wurde. Man hatte das Gefühl, daß alle in englischer Sprache erscheinenden Blätter auch in englischer Solde standen. Sie weitesterten geradezu miteinander, um über Deutschland und das deutsche Meer die ungeheuerlichsten und gemeinsten Lügen zu verbreiten. So wurde behauptet, die deutschen Soldaten schlügen in Belgien den Kindern die Hände ab, schnitten den Frauen die Brüste weg und küßten ihren Gefangenen, insonderheit den Amerikanern, die Augen aus. Was es nur an Schimpfnamen gab, war für die Deutschen nicht zu schön. Wenn nun auch der halbwegs gebildete Amerikaner bald einseh, daß die Zeitungen lügen, so wurde doch die Erregung gegen uns immer größer und allgemeiner. Wir hatten unter diesen Zuständen ganz unglücklich zu leiden, auch die Deutschen, die bereits ameritanische Bürger waren.

Es kam soweit, daß das Volk in deutsche Geschäftshäuser eindrang und hier in brutalster Weise alles demolierte. Auf deutschen Häusern wurden von Wöbel ameritanische Fahnen aufgesteckt. Eines Tages hielt ein Jude, den man für einen Deutschen anah, mit seinem Geschäftswagen auf der Straße. Da nagelte man ihm eine Fahne über die Wagentür, so daß sie weder auf noch zu konnte. Und als er nun die Fahne abriß, wurde er eingekerkert und sein Wagen zertrümmert und samt allen Waren verbrannt. Dann aber ergab sich, daß der vermeintliche Deutsche in Wirklichkeit, trotzdem er, wie alle Juden, deutsch konnte, ein Kusse war. Nun wurde der Jude aus dem Gefängnis entlassen, und die Stadt erstakte ihm allen Schaden. Solche Krawalle waren hier lange Zeit nichts seltenes.

Alle Zeitungen, die die Wahrheit schrieben, wurden von der Postbeförderung ausgeschlossen. Für jedes englische Schiff, welches von Amerika nach Europa ging, wurden ein paar Strochde, die das ameritanische Bürgerrecht hatten, angeworben. Würde dann das Schiff von den Deutschen verurteilt, so ging ein fürchterlicher Lärm los, und so gelang es denn immer mehr, das ameritanische Volk zu erbittern und es schließlich mit in den Krieg hineinzutreiben.

Jeht, nun die ameritanischen Soldaten aus Europa zurückkommen, beginnt das Volk sich zu wenden. Denn alle, die mit deutschen Truppen in Versehr gekommen sind, besonders auch die, welche auf deutschem Boden waren und das deutsche Volk in seinen Dörfern und Städten gesehen haben, urteilen ganz anders, als früher unsere bestochenen Zeitungen. Ja, viele dieser Soldaten loben geradezu das deutsche Volk und Heer, und sprechen dagegen mit Zorn und Verachtung von England. Auch über Frankreich beginnt man schon recht abschprechend zu urteilen. Alle Lügen, die bisher unter Volk so jämmerlich betörten, kommen nun aus ihrem Saad heraus. Schade, daß diese Wandlung zu spät kommt! —

Schließlich berichtet der Brief unseres Landsmanns auch noch mancherlei Interessantes über die heutigen wirtschaftl. Verhältnisse in Amerika. Darnach sind dort Preise und Löhne gegenwärtig ebenfalls sehr hoch, wenn

die Steigerung auch keine so unersörte war wie bei uns. Nur die Pferd sind drüben ziemlich niedrigertepreise ganz im Gegensatz zu Deutschland. Der Brief bemerkt hierzu:

„Pferde kosten hier zur Zeit fast nichts, auch hat ihre Zahl sehr abgenommen. Ich glaube, wenn man in America über 20 Jahre noch ein Pferd sehen will, wird man schon in eine Menagerie gehen müssen. Die Pferdetrakt wird jeht überall durch die Gasolin-Motoren und Gasolin-Traktoren ersetzt.“

Zur Illustration war dem Briefe ein recht bezeichnendes Bild beigelegt: Ein Weizentransport der Gebrüder Sparr (Söhne von D. Sparr) auf der Straße nach Wichita. Ein mächtiger Traktor zieht hier mit 4 schwer beladenen Wagen seines Weges. Jütwahr, eine neue Zeit!

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsraats vom 21. bis 27. Oktober 1919.

Die leztwöchentlichen Nachrichten über die Kartoffeln ändern im allgemeinen das Urteil über die Ernte in den verschiedenen Landesteilen nicht. Man macht sich durchschnittlich nur auf eine knappe Mittelernte gefaht. Die Kommunen der Großstädte haben nach ihren Auslagen diefalls für den Winterbedarf noch nichts eingeleget, was im Hinblick auf die Möglichkeit der Transport-Verhinderung durch etwaigen baldigen Frost nicht ohne Gefahr ist. Vielleicht hängt hiermit bei dem deutsch-polnischen Produkt-Austausch die diesseitige Uebernahme von 6 Millionen Zentner Kartoffeln zusammen. Deren Transport hat bereits begonnen und dürfte zu erheblichem Teil nach Groß-Berlin geliefert werden. Das Geschäft in weißen Wägen ist seitens der Kaufleute infolge der Krach, Speien, Manco, Kaffo und Gewinnanspruch nicht bedenden Differenzen zwischen Erzeuger- und Großhandels-Höchstpreisen vorläufig eingestellt. Die jehtigen sehr hohen Frachten für alle Produkte fallen erheblich ins Gewicht. Wegen der unerfüllten September-Kontrakte für Hafer sind die ersten Entschädigungen der zuständigen Kaufmännischen Schiedsgerichte dahin gefallen, daß die Abschlässe für die Zeit der Verhinderung verlängert werden. Die zur Lieferung wie zur Abnahme verpflichteten Interessenten werden sich daher damit vertraut zu machen haben, daß sie nicht ohne weiteres aus ihren Verbindlichkeiten ohne eine Einigung mit den Kontrahenten herauskommen. Infolge der Anaptheit des Safers hat sich die Nachfrage für alle möglichen Futtermittel erheblich gesteigert. Da zudeerhaltige Futtermittel aus der neuen Ernte mit Ausnahme von Melasse frei gegeben sind, so zeigte sich besonders für Futtermittel erheblicher Begehr; ebenso auch nach Zuckererbsen, die aber für den Handel nicht frei sind. — Vom Weizenmarkt wird die kanadische Weizen-Ernte mit 194 Mill. Bußels (1 Bußel 27,2 Kilogr.) gemeldet, das ist noch etwas weniger als vorher angenommen war. Die seit einer Reihe von Jahren aufgehobene Zollgrenze zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten für landwirtschaftliche Produkte auf Grund des ameritanischen Reziprozitätsgesetzes, ist in Gefahr, wieder erloschen zu werden, da im Kongreß der Union der Antrag zur Aufhebung des bestehenden Gesetzes schwebt. Die ursprüngliche Anregung zur vollstren Herbeiführung des kanadischen Weizens nach den Vereinigten Staaten hat die dortigen großen Mühlenindustriellen gegeben, die mit Hilfe des vorjähigen Manitoba-weizens i. Jt. den ihnen zum Teil verloren gegangenen Weltabsatz nach Europa wieder zu erlangen hoffen.

Bücherchau.

„De dröge Jan“ von Georg Kulefer, Band 74 der „Niederdeutschen Bibliothek“, Preis Bruchg. Mark 3, fort. Mark 4. Richard Hermes Verlag, Hamburg.

Der wohlbekannte oldenburgische Dichter, Georg Kulefer, übergibt nun auch ein fröhliches plattdeutsches Geschichtsbuch der Öffentlichkeit. Wieder ein erfreuliches Zeichen dafür, daß unsere plattdeutsche Muttersprache sich immer mehr durchsetzt. Die erste der Geschichten, „De dröge Jan“ gab dem ganzen Buch den Namen. Geschichten bergen eine faum zu bändige Fülle von trockenem Humor, der von tiefer Komiket manchmal bis zur lasträchtigen Lustigkeit anheft. Mit diesem Werk kommt die „Niederdeutsche Bibliothek“ ihrem Ziele, eine umfassende Sammlung niederdeutscher Literatur zu sein, wieder um einen großen Schritt näher. Gerade in diesen Tagen, in denen uns erschütternder Humor so bitter übt, nehmen wir das lässliche Buch gern auf. Die famose Gleichand-geichung des Bändchens ist für niederdeutsche Maler Karl Kluge.

„Der Stadtschreiber von Köln.“ Geschichtliche Erzählung von Dr. Hermann Cardanus. Sechste und siebte Auflage, 8. (4 u. 272 S.) Freiburg i. Br. 1919, Herderische Verlagsbandung, 7.— Mark; geb. 9 Mark. — Wie ein Kapitel aus einer mittelalterlichen Chronik lesen sich die Blätter, auf denen uns Gerlach von Hauwe, der Stadt Köln oberster Schreiber, in schlichter, freudiger Rede von seinem Leben und von den blutigen Kämpfen zwischen den Geschlechtern und Ämtern seiner Vaterstadt am Ausgang des 14. Jahrhunderts erzählt. Das Schicksal vertritt ihn, den Webersohn, zu seinem Anheil in diese greuelvollen Kämpfe, führt ihn auf stolze Höhe, dann aber zu tiefem Fall. Das prächtige Buch, das nimmehr schon in sechster und siebter Auflage erscheint, ist ein Meisterstück der geschichtlichen Erzählungskunst. Es zeichnet uns ebenso wahr und anschaulich die Bilder einer großen, vielbewegten Vergangenheit wie die geheimnisvollen Vorgänge aus der Welt des Herzens. Die reiche Anordnung der Begebenheiten, die feine Charakteristik, die packende Darstellung, das mittelalterliche Kolorit der Sprache und die kunstvolle Verflechtung von Recht und Unrecht stellen uns bis zum ergreifen Ende.

Jeder Ammerländer, der Gemeinfinn besitzt und zunächst genau über die Vorgänge in seiner engeren Heimat unterrichtet sein möchte, bestelle sich in erster Linie den „Ammerländer“.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Amtsvorstand des Amtsverbandes Westerfebe.

Westerfebe, den 27. Oktober 1919.
In der Gemeinde Apen fehlt es in Folge ungenügender Ablieferung von Roggen an Brotgetreide für die Verordnungsberechtigten. Die Landräute werden angewiesen, ihr Brotgetreide zur Hälfte bis zum 15. November und zur Hälfte bis zum 15. Dezember ds. Js. auszubrechen und abzuliefern, soweit es den eigenen Bedarf überschreitet.
Wer dieser Aufgabe nicht nachkommt, verliert das Recht der Selbstversorgung.
Münzgebrod.

Amt Westerfebe.

Westerfebe, den 24. Oktober 1919.
Anfang Dezember 1919 wird eine nochmalige Nachprüfung der Gatz- und Viehhändlerfälle des Amtsbezirks vorgenommen werden. Stallbesitzern, welche auch dann die Verordnung des Direktoriums, Abstellung des Innens, vom 18. Juni 1919 noch nicht zur Durchführung gebracht und insbesondere noch nicht undurchlässliche Fußböden angebracht haben, wird die Aufnahme fremder Tiere unterlagt werden.
Münzgebrod.

Amt.

Westerfebe, den 18. Oktober 1919.
Ehemaligen Kriegsgefangenen aus dem Heeres- oder Marinebereich werden Prüflinge von 100 bis 600 Mark gewährt. Voraussetzung ist eine wirtschaftliche Notlage.
Gesuche sind unter Vorlegung des Entlassungsscheins zu richten an die Gemeindevorsteher oder die Vorsitzenden der Fürsorgstellen: Kaufmann H. G. Meinen in Westerfebe, Direktor Reinen in Zwischenahn, Lehrer Janßen in Apen und Bahnhofsleiter Meyer in Gesecht. Diese geben die Anträge unter Begutachtung an das Amt weiter.
Münzgebrod.

Der Gemeindevorstand.

Westerfebe, den 28. Oktober 1919.
Während des diesjährigen Herbstmarktes ist die Peterstraße, Langstraße und Kirchenstraße für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt.
Lanze

Am Freitag den 31. Oktober wird an folgenden Stellen

Roggen u. Weizen

abgenommen: morgens von 8-10 Uhr bei **Grimms Mühle** in Westerfebe und bei **Böhms Mühle** in Hengsförde, nachmittags von 2-3 Uhr bei **Hempens Mühle** in Etern und von 4-5 Uhr bei **Häffes Mühle** in Gesecht.
Es kann in eigenen Säcken abgeliefert werden. Dieselben werden sofort zurückgegeben. Falls Verladung gewünscht werden, können dieselben am Donnerstag den 30. ds. Ms., morgens 9 Uhr, beim Eiergeschäft hier selbst in Empfang genommen werden.
Wir bemerken hierbei, daß die Reichsgetreidestelle in Berlin bis zum 31. ds. Ms. noch den Vorratungszuschlag von 75 Mark pro Tonne bezahlt.
Walttrichs, Westermann.

Zu verkaufen 1 Paar neue **Geld** verleiht reeller **Damenstrieckerei Nr. 37** **Perle** Gehl. a. f. d. **H. Sautkamp.** **J. Maus, Hamburg 5.**

Abnahme von Geflügel

nur jeden Montag.
Hähnchen unter 2 Pfund und Küchener unter 3 Pfund kann ich zur Zeit nicht annehmen.
Z. H. Ahriads.

Suche zum 12. November

100 gute Ferkel

zu kaufen.
Fr. Hahnermann.
NB. Kann auf nächsten Frühjahr Kall liefern. D. D.

Westerley. Zu verkaufen 2 belegte Milchkuhe

Eil. Bruns.
Edewecht. Gejucht zum 1. November oder später ein zuverlässiges

Mädchen.

Näheres durch **Läers, Recknitzstr.**

Spazierstöcke, Neuheiten in Saarländisch, Mundharmonikas

in schöner Auswahl.
J. W. Leonhards, Augustfehn.

Kluge Frauen

besuchen meinen Kaff und gebrauchen bei Störungen nur noch das vorzüglich bewährte **Dr. Kärstens Menstruana.** Garantiert wirkungsvoll, meist von Biertrinken Erfolg. Preis 1.- Mk. Versand direkt. **Dr. Kärstens & Co., Berlin - Steglitz D. 537.**

2 Mädchen.

Zu melden bei **Hobbjejanßen, Torsholt.**

Bilder abholen!

Hermann Wehlau, Buchbinderei u. Papierhandl.

Edeweckt. Fleischverkauf

findet bis auf weiteres nur Donnerstagnachmittag statt.
Freis Wölfs.

Manjie.

Da mir **Joh. Ammoniah** angeboten ist, bitte ich um umgehende Bestellung.
Joh. Hamnje.

Geld-Lotterie

Ziehung 4. Novbr. 1919
Wormser Dombau-Geld-Lotterie
Zugewinnen des Wormser Domes
100 000 Lose. 3657 Goldgewinne M.
100 000 Hauptgewinn Mark
50 000 10 000
har ohne Abzug zahlbar.
Lose 3 M. Postgebühr 50 Pfg. Nachnahme 30 Pfg. mehr.
Otto Wulff, Lotterie - Einfahme, Oldenburg, Stauffstraße 14.

Kakao und Schokolade

in feinsten Ware empfielt
J. W. Leonhards, Augustfehn.

Arbeiter od. Knecht

Gesucht auf sofort
welcher melken kann, für meinen landwirtschaftlichen u. Hotel-Betrieb.
Westerfebe. **H. Ribben.** Arbeitsvermittl. Westerfebe.

2 Mädchen.

Zu melden bei **Hobbjejanßen, Torsholt.**

Westerfebe.

Zur mein Rechnungsführergeschäft und die Spar- und Darlehenskasse suche ich Diern 1920 oder früher einen

Lehrling

mit guten Schulkenntnissen.
G. Ahmels, Fernsprecher 45.

Zum Markt Fertige Anzüge

aus guten Stoffen (zum Teil reine Wolle) für Männer und Jünglinge frei aus Reichsbeständen.
Zwirnbuckskin-Joppenanzüge 140,- Mk.
Ferner

Reichsware

zu üblichen Preisen.
Unterhosen, - Hemden, - Socken, Parchend für Unterzeuge
Meter von 7 Mark an.

Anzug-, Ballet- u. Sockenstoffe

zur beste gebiegene Ware, schwarz und farbig, für alle Gelegenheiten.

Georg Meinen jr.,

Westerstede, bei W. Henken.

Rosenwildlinge

kauft jeden Posten
Joh. Bruns, Zwischenahn

Großmäd.

gegen hohen Lohn.
H. Hobbje, Torsholt.

Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivil-Gefangenen, Ortsgruppe Westerfebe.

Am Freitag den 31. ds. (Reformationsfest), nachm. 5 Uhr

Öffentliche Versammlung

in Buhes Gasthaus.
1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. — 2. Bericht über Gefangenen-Arbeit. — 3. Besprechung über Gefangenen-Fürsorge. — Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung werden insbesondere alle zurückgekehrten Kriegsgefangenen freundlich eingeladen; es wird geplant, eine Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen zu gründen.
Der Vorstand.

Arbeitskleidung.
Manchester-Hosen, Engl. Leder-Hosen, Starke Zwirn-Hosen, Joppen - Westen, Flanell-Hemden, Parchent-Hemden, Normal-Hemden, Mittel - Junper.
Gut und preiswert.
M. SCHULMANN,
38 Achternstr. Oldenburg Achternstr. 38

Karbidlampen, Kastenwagen, Kessellöfen, Karbofineum, Kohlenteer, Stachelbraut

empfielt
J. W. Leonhards, Augustfehn.

Tafel-Klavier,

Zu verkaufen ein
1,92-0,57 breit, 0,98 hoch
Friedr. Jerss, Gieselhorst, Post Westerfebe.

Kirchenchor zu Westerfebe.

Wegen des Reformationsfestes wird am nächsten **Sonabend** geungen, Damen um 8 Uhr, Herren um 8 1/2 Uhr
Meyer.

Westersteder Schützen-Verein.

Diejenigen, die noch ungenügende Schußweise im Schießen haben, werden ersucht dieselben beim Rechnungsführer Wittoff einzulösen.
Der Vorstand.

Gesang-Verein Linswege.

Am Sonntag den 1. Nov. abends 7 1/2 Uhr:
Singen.

Hellermoor.

Am Sonntag den 9. Nov.
Ball, wozu freundlich einladet
J. Meyerjürgens.

Ein Mann von Eisen!

Roman von Erich Gehenrein.

44) (Schandmal verboten.)
Fräulein Rehen sprach noch viel und erging sich in Entrüstung über Bernd. Aber Maja hörte nichts mehr.
Sie hatte die Hände über dem Kopf verstrickt und prekte den Kopf an das Fensterkreuz. So harrete sie stumm hinaus in den stürmenden Tag.
War alles das wahr, was tante Mabeleine da erzählt hatte? Konnte Bernd sich so weit hinreich lassen? Bis zum Unrecht! Er, der so fanatisch für das Recht eintrat?
Und wenn Stamm nun wirklich Nagle, dann mußte sicher Flor's Name genannt werden...
Maja erbeute. Sie kannte ihren Schwager. Er war kein großes Kerlchen, doch gutmütig und sehr in Flor verfaßt. Aber er war auch eitel, und einen öffentlichen Skandal würde er ihr sicher nicht zuzulassen. Schon darum nicht, weil bei der Ungleichheit des Alters er weit mehr der Kaiserlichkeit preisgegeben wäre als ein junger Mann, dem sich vielleicht allgemeine Teilnahme spenden würde.
Nein, soweit durfte es um keinen Preis kommen! In dieser Sache wenigstens mußte Bernd einlenken und müßte sie ihn auf den Armen darum bitten.
Fräulein Rehen war endlich gegangen, um sich auszukleiden. Fünf Minuten später suchte Maja aus dem Haus.
Zum erstenmal im Leben stand sie im Begriff etwas zu tun, das verheimlicht werden mußte, wollte sie sich nicht bösem Gerüde aussetzen.
Über es blieb ihr ja keine Wahl. Sie mußte zu Bernd... Unterwegs traf sie plötzlich Grelt Klauß.
"Nanu, wo läufst du denn so eilig hin?" fragte die Freundin verwundert. "Wilst du etwa zu uns? Dann..."
"Nein. Ich habe noch eine wichtige Besorgung zu machen."

Ich so. Ich bin nämlich auch etwas eilig. Muß zur Heilmäherin, die meine Anstellung macht. Aber wenn du zu mir gewollt hättest, wäre ich natürlich mit dir umgekehrt."
"Nein, liebe Grelt, laß dich nicht aufhalten. Du, übrigens — ist es wahr, daß Doktor Haller Unannehmlichkeiten mit seinem Schwager hatte? Tante Mabeleine erzählt mir soeben."
"Ach Gott, ja!" Grelts Gesicht nahm plötzlich einen bekümmerten Ausdruck an. "Es ist schrecklich! Überall sprechen die Leute schon darüber. Nun heißt du selbst, wie er ist! Immer mit dem Kopf durch die Wand! Uns ist es besonders peinlich, denn wir sind ihm ja so viel Dank schuldig. Du weißt doch, daß Heinz gefahren die Anstellung an der Gekontepfabrik durch seine Vermittlung erhielt und wir nun schon im August heiraten?"
"Ja."
"Und nun machst er solche Gefährden und hat sich mit Mama und Leo, die es mit ihm doch nur gut meinen, ganz veranlagt!"
"Also wahr! Wirklich wahr! Ganz bekümmert eilte Maja weiter. Bevor sie das Haus betrat, in dem Hallers wohnten, schlug es sechs Uhr. Auf der Treppe begegneten ihr mehrere Herren. Es waren die Beamten, die aus Bernd's Kanzlei nach Hause gingen. Sie achtete nicht auf sie. Als sie aber oben den Eingang zur Kanzlei geschlossen fand, stand sie ganz bestürzt da.
"Was nun? Wenn sie klingelte, kam wahrlich ein Dienstmädchen. Was würde die denken, wenn sie jetzt nach Bureauklub Bernd zu sprechen verlangte."
Schäutend klopfte sie an die Tür. Aber antworteten dieser und Bernd's Kontor lagen Vorzimmer und Schreibstube. Er, der dort rastlos auf und abging, im stillen erwägend, ob er Majas Unvorsichtigkeit zu kommen, sofort entsprechen sollte, und er wohl die Straß haben würde, über seine Entdeckung in Bezug auf Flor Siebert zu schweigen, konnte sie nicht hören.
Da packte sie wieder die Angst. Sie mußte ihn sprechen — schon um Flor's willen. Endlich klopfte sie auf die Klinke. Aber nicht die Tür vor ihr tat

sich auf, sondern die andere drüben am Stegenablass, die zur Privatwohnung führte, und eine alte Frau erschien, die kurz erklärte, die Bureauklubten seien schon vorüber.
Maja, die sich umgewandt hatte, erschraf. Auf den ersten Blick wußte sie: daß ist keine Mutter!
Berwärt bradte sie ihren Wunsch vor, Doktor Haller für einen Augenblick zu sprechen, wenn es möglich sei.
Die alte Frau multerte sie einen Augenblick nervig. "Wahrscheinlich, erbliche Erbsinnung. Darüber, daß die junge Dame den besten Kreisen angehört, kommt gar kein Zweifel aufkommen. Was möchte sie zu Bernd führen?"
Mit ein paar höflichen Worten bat sie Maja in den Salon und entfernte sich, um Bernd zu rufen.
Er kam allein. Frau Haller hatte es für taktvoller gehalten, aus dem Nebenzimmer in den Flur zu treten, um über diesen ihr Zimmer aufzuklären. Als sie aber auf dem Weg dahin an der Salontür vorüber kam — blieb sie plötzlich wie angewurzelt stehen.
"Ganz deutlich hörte sie die fremde junge Dame sagen: 'D, sieh mich nicht so vorurteilsvoll an, Bernd, daß ich herkam! Ich mußte es ja tun, nach dem, was Tante mir erzählt hat...'
Die alte Frau eilte wie gejagt weiter. In Zimmer fand sie bestürzt auf einen Stuhl.
Dul! Sie sagte zu ihm — dul! Und sie war — ein Mädchen aus gutem Haus! Sie konnte also doch nur seine Verlobte sein.
Und davon wußte sie, die Mutter, kein Wort! So weit war es zwischen ihnen gekommen, daß er nicht einmal davon erzählt hatte!
Sie meinte plötzlich bitterlich, obwohl sie sich ja der Luft, die zwischen ihnen lag, viel eher bemerkt geworden war als Bernd und die schneidenden Formirer Mt.
Den Gellert hatte sie ihm, Klüßchen und geopfert und den Sohn nun doch wieder — so ganz verloren."
(Fortsetzung folgt)

Der Ammerländer

(Gesamtpreis Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postämter und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren: für die einpöhlige Kleinzeile (ober oder unter) für Auftragsgeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Retiketen kosten 1 Mark die Zeile. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingekannter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Abzug geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Wisperschreiben bei Ausgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 255.

Westerstede, Freitag den 31. Oktober 1919.

59. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Amerikanische Methoden.

Wie Mond George mit dem Generalstreik der britischen Eisenbahner fertig geworden ist, haben wir alle noch frisch im Gedächtnis; tafelfällige Forderungen für die Aufrechterhaltung des notwendigen Güterverkehrs, unbedingtes Verlangen nach vorbehaltlicher Wiederaufnahme der Arbeit, und Verweigerung, danach mit den Umständen über diesen oder jenen Teil ihrer Forderungen ordnungsgemäß zu verhandeln. Gestützt auf diese vollkommene gefühlte öffentliche Meinung seines Volkes, konnte er so in wichtigen Tagen auf einen der größten Triumphe seines Lebens zurückblicken. Jetzt scheint sich das gleiche Spiel in den Vereinigten Staaten von Nordamerika abspielen zu wollen. Wir merken es, es, sich auch dort ein Mond George findet, der den Drachen der landbesitzenden Aristokratie mit gemalten Streichen zu erledigen versucht.

Anfassen dazu werden bereits getroffen. Hier sind es die Kohlenbergarbeiter, die im vorderen Treffen stehen. Seit Monaten wird mit ihnen darüber verhandelt, wie die wirtschaftlichen Folgen der Krisisbeteiligung am besten zu überwinden seien, aber selbst Herr Wilson hat schließlich keinen Ausweg und keine Vermittlung zu finden vermocht; er, vor dessen Wort sich fast ganz Europa gebeugt hat, sties bei der Arbeiterchaft seines eigenen Landes auf unüberwindliches Mißtrauen. Auch ein letzter Versuch, durch Veranlassung einer sogenannten Industriefriedensden ganzen unbeschworenen Konfliktstoff in einem unangeheuren Drei von verdingungstriefenden Reden und über alle maßen Gründe hinwegzuziehen, schied sich nicht aus, ist schließlich mißlungen — es nicht jetzt alles nichts mehr, es muß endlich geprüfungen werden. In Amerika, nachdem beide Teile, Kapitalisten wie Arbeiter, soviel Zeit mit Mundspänen verloren haben, und wie nicht anders zu erwarten war, stellt sich die Staatsgewalt entschlossen mit beiden Parteien auf die Seite des Kapitals gegen die Arbeiter. Das Kabinett in Washington hat die Befugnisse gemäß des Präsidiums an sich gezogen und ein Manifest erlassen, worin der für nächsten Sonntag angekündigte Streik der Kohlenarbeiter für ungesetzlich erklärt wird. Die Streikführer werden angeordnet, alle Streikbefehle sofort zu widerrufen. Der Senat ist dabei, eine Entscheidung zu fällen, durch die dem Kabinett die volle Unterstützung des Kongresses in dieser Sache zugesichert wird; insbesondere soll er beauftragt, einen sich etwa entziehenden Eisenbahnerstreik von vornherein zu verbieten zu erklären. Auf der Gegenseite wird mit so ortlicher Arbeitseierbelegung gedroht, falls es wirklich dazu kommen sollte. Die Bergarbeiter fordern eine 60prozentige Lohnerhöhung und die dreizehntägige Arbeitswoche, was für die Gesamtwirtschaft eine jährliche Mehrbelastung von einer Milliarde Dollar bedeuten würde, gleich einer Steuer von 10 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung. Also es lohnt sich, um dieses Objekt zu kämpfen.

Indessen, ob die amerikanische Regierung eben'so fechten Spiels davon kommen wird, wie es der englischen bedienbar war, ist trotz der Gleichheit der Mittel, deren sie sich jetzt zur Abwehr bedienen will, noch sehr de Frage. Das amerikanische Volk hat nicht entzweit das Maß von nationaler Schulung durchgemacht, auf das die Briten zurückblicken, und sie entbehren der unheimlichen Sicherheit des nationalen Instinktes zum mindesten in denjenigen Fragen, bei denen das Ausland nicht beteiligt ist. Und der amerikanische Arbeiter glaubt, wenn er die Grubenindustrie oder das Verkehrsleben zum Stillstand bringen will, weniger das Allgemeininteresse gefährdet als die Profite des alles beherrschenden Großkapitals, von dem er ganz genau weiß, daß es mit den hohen Regierungsmännern in Washington nicht viel weniger verhandelt und verhandelt ist als mit den sehr ehrenwerten Mitgliedern der beiden Häuser des Kongresses. Die Sauberkeit des öffentlichen Lebens in Amerika läßt viel zu sehr zu wünschen übrig. Das muß sich rächen in einem Wahlkampf, in dem der ohnehin härtere Gegner noch die ganze Staatsgewalt auf seine Seite bringt. Jedemfalls werden Recht und Moral hier anders verfaßt sein als es in England der Fall war. So wird es denn wohl auch eine größere Brutalität bedürfen, um die amerikanischen Arbeiter unter das Nachgebot des Staates zu beugen. Es trifft sich gut, daß dieser Kampf in demselben Augenblicke entzweien muß, da die erste, von dem noch nicht existierenden Völkerverband einberufene internationale Arbeiterkonferenz in Washington zusammenzutreten soll. Der Anknüpfungsinstrument, den die Herren zu gewärtigen haben, wird je hoffentlich vor Beschlußfassungen bewahren, die im besten Falle eine Vermehrung der internationalen Manipulation darstellen. Es gibt wahrlich jetzt Besseres zu tun auf der Welt.

Ultimatum an Mexiko.

Ausführung. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein Ultimatum an Mexiko gerichtet, in dem die Freilassung des amerikanischen Bürgers William Senfuss verlangt wird.

Pöhlische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Aufhebung der einzelstaatlichen Gesundheitsämter.** Nach Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung ist die Frage der Vereinigung zentraler und auswärtiger Staaten ausnahmslos Sache des Reiches. Den einzelnen Ländern steht kein Recht mehr zu, bei auswärtigen Staaten Gesundheitsämter zu haben. Mit Rücksicht hierauf sind die hiesigen Gesundheitsämter in Petersburg und Rom (beim Konsulatsrateneinigen Hof) mit Wirkung vom 1. November 1918 aufgehoben worden. Die Aufhebung der Gesundheitsämter in Paris dürfte in kurzem erfolgen. Die hiesigen Gesundheitsämter in Wien und Bern werden vom 1. November 1919 ab zunächst in Liquidation und nach deren Durchführung ebenfalls zu bestehen aufhören. Die hiesigen Gesundheitsämter in Bern und Wien führen ihre Geschäfte bis zur weiteren Bestimmung in der bisherigen Weise fort.

• **Eine fagenhafte katholische Monarchie.** Der Erzbischof von München demontierte auf dem Münchener Katholikentag mit aller Entschiedenheit die Meinung des „Lamp“, daß mit Unterstützung des Papstes von der Schweiz aus die Bildung einer katholischen Donaumonarchie in Mitteleuropa betrieben würde. Der Erzbischof rief aus: „Der Usurper kann noch so groß sein, er werde doch in die Welt hinausgerufen.“ Im Hinblick an die Zurückweisung fordert der Erzbischof ein Geheiß der Wahrheit und menschlichen Schutzes gegen Verleumdung. Dieses Geheiß der Wahrheit werde nach Ansicht des Erzbischofs uns auch die Augen darüber öffnen, wo, wer und wann im Weltreiche gescheit worden ist.

• **Unter künftiges Offizierkorps.** In einer der Nationalversammlung zugegangenen Denkschrift, die sich mit der Organisation eines zukünftigen Heeres befaßt, wird über die innere Gliederung des Offizierkorps gesagt: Das Verhältnis der Dienstgrade zueinander soll in diesem Offizierkorps in den Hauptstufen des Offizierskorps festgelegt werden, so daß auch mit einer unvollständigen Beförderungsmöglichkeit für den einzelnen zu rechnen sein wird. Prozentual vermindert wird die Zahl der Leutnants, weil in einem Heer, dessen Unteroffiziere und Mannschaften langdienende Kapitulanten sind, die Zahl der Offiziere als Unterführer weniger groß sein muß und weil andererseits eine längere Durchlaufzeit für die zukünftigen Offiziere notwendig wird. Es sind hierfür drei bis vier Jahre in Aussicht genommen. Zur Offizierslaufbahn werden alle Freiwilligen Zutritt erhalten, die die wissenschaftlichen und praktischen Bedingungen der Prüfung erfüllen. Jeder Offiziersanwärter hat alle Dienstgrade zu passieren, Standesbenennung fällt fort. Das Heer besteht zurzeit aus 6885 Offizieren, 749 Sanitäts-, 342 Veterinär- und 24 Feuerwerksoffizieren, 29.056 Unteroffizieren, 192.944 Mann. In Zukunft sind diese Zahlen zu halbieren.

• **Die Räumung des Baltikums.** Der Abtransport aus dem Baltikum geht planmäßig weiter. Erfreulicherweise habe sich auch ein Sammelansport früherer deutscher und unter westfälischer Truppen zur Heimkehr bereit gefunden. Die Truppen stammen vom linken Flügel der westfälischen Armee.

• **Die Landeskommandanten.** Als Landeskommandant im Sinne der Vereinbarung über das zukünftige Heeresgesetz ist für Preußen der Generalleutnant v. Doen, für die Rheinlande der Generalmajor v. Bredow, für die Westfälischen Provinzen für Bayern wurden mit Generalmajor v. Mühl, für Sachsen Generalmajor Müller, für Westfalen Generalmajor Haas und für Baden Generalmajor v. Darns bestellt.

• **Entente-Zerwürf.** Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Entente noch vor der Blockade-Erklärung zwei Heine deutsche Segler „Gitta“ und „Nade“, die auf der Fahrt von Rimsland nach Holland unterwegs waren, in der Ostsee aufgebracht und nach einem dänischen Hafen verbracht. Die Reichsregierung erhofft gegen diesen Verstoß gegen die Neutralität vorgehen und verlangt Herausgabe der aufgebrachtten Schiffe.

• **Hüingische Städte unter Belagerungszustand.** Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den Bezirken Kreis Schleifungen, Landkreis Dhrup, Stadt Zella, Wehlin den Ausnahmezustand verhängt. Grund: Waffenspeicher, Gewalttätigkeiten und andere ungehörige, ungesetzliche Handlungen. Truppen sind an Ort und Stelle eingetroffen.

• **Ans der christlichen Gewerkschaftsbewegung.** Zwischen Vertretern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der katholischen Arbeitervereine haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Einigung geführt haben. Die Lösung der der Arbeitervereine und Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben soll dadurch gefördert werden, daß aus Vertretern beider Organisationen ein Ausschuss gebildet wird.

Deutsch-Osterreich.

• **Verzicht im Hause Habsburg.** Der frühere Erzherzog Franz Saluator, der Schwagerohn des Kaisers Franz Joseph, dessen ältester Sohn Hubert Saluator sowie Erzherzog Joseph Ferdinand, der Chef des Hauses

Toskana, sein Bruder Heinrich Ferdinand, seine Mutter Großherzogin Alice von Toskana und seine Schwestern Margarete, Agnes und Gemana haben die im Geheiß über die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens der Häuser Habsburg-Vorhingen vorentscheidene Erklärung abgegeben, auf die Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr ergelenden Verbindlichkeitsansprüche ausdrücklich zu verzichten und sich als getrene Staatsbürger der Republik zu bekennen. Die Staatsregierung hat diese Erklärungen als ausreichend befunden. Daher erstreckt sich die gesetzliche Landesverweisung auf die genannten ehemaligen Erzherzöge und Erzherzoginnen nicht mehr.

Großbritannien.

• **Heimförderung der abtinnungsberechtigten Kriegsgefangenen.** Die englische Regierung hat verfügt, daß die Heimführung der in englischer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in nächster Zeit restlos durchgeführt werde. Vor allem werde dem Wunsch der deutschen Regierung entsprechend die Entlassung der in den Abtinnungsgebieten beheimateten mit größtmöglicher Beschleunigung betrieben.

Schweiz.

• **Das Ergebnis der Wahlen** insofern sich bis jetzt übersehen läßt, folgende Zusammenfassung des Platts: 60 bis 100, Katholiken 40 (41), Liberalen 10 (10), Bauern 25, Sozialisten 40 (20). Die übrigen 14 Sitze von 189 Nationalratsmitgliedern fallen wie bisher den Abgeordneten verschiedener Gruppen zu. Eine absolute Mehrheit besteht also im neuen Nationalrat nicht mehr.

Aus In- und Ausland.

• **Luxemburg.** Nach dem Wahlergebnis in den hauptsächlichsten Gemeinden wird die neue Kammer sich zusammensetzen aus 22 Katholiken, 13 Sozialisten, 7 Radikalen, 4 Mitglieder der nationalen Unabhängigkeitspartei und 2 Mitglieder der unabhängigen Volkspartei.

• **Montevideo.** Der Präsident der Republik Uruguan hat den Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben und ein Dekret erlassen, durch das die politischen und kommerziellen Beziehungen zu Deutschland wiederhergestellt werden.

• **Konstantinopel.** Die türkische Regierung hat den Entente alle Geheimdokumente über die Beziehungen zu Deutschland abliefern müssen. Diese will daraus eine Schuld Deutschlands an den Armeniemorden konstruieren und Auslieferung der Schuldigen verlangen.

Scheiß und Ludendorff.

Erklärung des ehemaligen Kriegsministers.

Der Vorwurf Ludendorffs in seinen „Kriegserinnerungen“, der Kriegsminister habe sich im Oktober 1918 nicht schuldig vor den Kaiser und das Heer gestellt, ist von General Ludendorff nicht zurückgezogen worden, obwohl der frühere Kriegsminister es wiederholt versucht hat, ihn von der Unrichtigkeit des Vorwurfs zu überzeugen. General Scheiß vertritt die Ansicht, die sich gegen Ludendorffs Vorwürfe wendet. In der Erklärung Scheißs heißt es zum Schluß: General Ludendorff beharrt dabei, daß seine Behauptung wahr, seine Beweisführung richtig ist. Mit der gleichen Begründung verweigert er auch die von mir geforderte persönliche Genugtuung für die schwere Ehrenkränkung. Ich sehe mich gezwungen, nunmehr auf Nichtabstellung in der Öffentlichkeit hinzuwirken, und überlasse es dem Urteil derjenigen, die wirklich urteilen wollen, den Wert einer solchen Erinnerung richtig einzuschätzen. Ich bedauere es sehr, zu dem Schritt in die Öffentlichkeit gezwungen zu sein. Vom Deutschen Offizierstand will ich aber diesen Streit zwischen General Ludendorff und mir trennen. Ich werde daher den Vorwurf niederlegen.

Der Kampf um den Völkerverband.

Amerikas Vorbehalte.

Aum erstemal seit Beginn der Senatsdebatten wird jetzt ernstlich von der Möglichkeit gesprochen, daß Amerika mehr ratifizieren, nach dem Völkerverband beitreten wird. Die Möglichkeit, daß die Ablehnung des Vertrages von den Anfangen Wilsons auszugehen werde, ist zwar erstensmäßig aber die Ursache dafür ist in der Gewerkschaft der Mehrheit von Senatoren gegen die Vorbehalte zu suchen. Der demokratische Senator Reed hat einen neuen Vorbehalt vorgebracht des Inhalts, daß Amerika sich das Recht vorbehält, selbst zu bestimmen, welche Fragen seine Ehre und seine Lebensinteressen beeinträchtigen. Derartige Angelegenheiten würden dem Urteil des Rates oder der Versammlung des Völkerverbandes oder irgendeiner anderen Vertretung des Bundes nicht unterliegen, noch auch der Entscheidung oder irgendwelchen Anträgen irgendeiner anderen Macht. „New York World“ bemerkt, daß die Annahme eines derartigen Artikels die deutsche Diplomatie aus der Zeit vor dem Rechte recht erigen würde. Die Freunde Wilsons wollen lieber den Friedensvertrag ganz und gar verwerfen, als eine derartige Abänderung annehmen. Man glaubt, daß der Kampf um den Völkerverband jetzt ernstlich beginnt.